

DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Forschungsgruppe:

„Informelle Politik und politische Parteien im interregionalen Vergleich“

---

**Arbeitspapier**

**Die gesellschaftliche Anbindung  
der indischen Parteien**

*Joachim Betz (Institut für Allgemeine Überseeforschung)*

Februar 2003



1	Einführung .....	1
2	Der gesellschaftliche Rückhalt indischer Parteien .....	2
3	Modi der gesellschaftlichen Anbindung von Parteien.....	5
4	Kasten und Politik .....	10
5	Appelle an ethnische/religiöse Identitäten.....	15
6	Der innerparteiliche Faktionalismus.....	17
7	Patronage und Klientelismus .....	20
8	Fazit .....	21
9	Literatur .....	23

## **1 Einführung**

Indien feiert sich gerne als größte Demokratie der Welt, ein Eigenlob, das zumindest nicht ganz unbegründet ist, betrachtet man die Dauer dieser Regierungsform dort im Verhältnis zu ihrem Schicksal in anderen Entwicklungsländern, vor allem aber Größe, soziale, religiöse und ethnische Zerklüftung des Landes sowie die hier – vor allem zu Beginn der demokratischen Entwicklung – vorherrschende massive Armut und sozioökonomische Rückständigkeit. An der Wahrung demokratischer Kontinuität, am Management der zwangsläufig bei der sozialen Mobilisierung auftretenden Konflikte und an der Einübung einer demokratieförderlichen politischen Kultur hatten die indischen Parteien – allen voran zunächst die Kongresspartei – einen erheblichen Anteil. Freilich ist auch nicht zu übersehen, dass ihr positiver Beitrag im Zuge zunehmender politischer Bewusstwerdung niedriger Schichten und religiöser Polarisierung sowie damit einhergehender Deinstitutionalisierung indischer Parteien – sowie parallelem Siegeszug populistischer Mobilisierung – deutlich geringer wurde (Kohli 1990).

Darüber soll ausführlicher im Fortgang berichtet werden, nicht, oder nur am Rande aber über die Entwicklung des indischen Parteiensystems als Ganzes. Dass dieses sich trotz Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen von einem prädominanten System der Kongressherrschaft zu einem System des (mäßig) polarisierten Pluralismus mit etwa 40 im Unterhaus vertretenen, in der Mehrzahl regionalistisch orientierten Parteien entwickelt hat, wird vorausgesetzt. Im Folgenden soll zunächst über die Identifikation und Partizipation der indischen Bürger mit bzw.

in den Parteien berichtet werden, sodann über die Frage, inwieweit diese die wesentlichen gesellschaftlichen Konfliktlinien widerspiegeln. Die formalen Grundlagen der Parteiaktivitäten bilden die nächsten Abschnitte. Im Zentrum stehen jedoch die mehr oder weniger informellen Modi der gesellschaftlichen Verankerung indischer Parteien. Über die Begrifflichkeit informeller Politik, ihren Zusammenhang mit einer bestimmten Stufe der sozioökonomischen Entwicklung (und ihr mögliches Absterben im Zuge einschlägiger Fortschritte) sowie ihre Verträglichkeit mit der demokratischen Konsolidierung sei auf die Einführung zu diesem Band verwiesen. Hingewiesen werden soll nur darauf, dass die politische Mobilisierung entlang Kastengrenzen zwangsläufig eine indische Besonderheit ist, da nicht-hinduistische Gesellschaften Kasten nicht oder nur in Ansätzen kennen. Neben der kastenbezogenen Mobilisierung werden der Appell an ethnische bzw. religiöse Identitäten behandelt, der Faktionismus und – als gemeinsames Mittel all dieser informellen Modi – Klientelismus bzw. Patronage. Der Appell an ethnische/religiöse Identitäten stellt einen ambivalenten Fall informeller Politik dar: Einerseits muss es erlaubt sein und ist demokratisch auch unbedenklich, wenn Parteien hauptsächlich innerhalb bestimmter Ethnien oder Religionsgemeinschaften ihre Wähler suchen, sofern dies die Verfassung nicht untersagt. Demokratisch fragwürdig werden diese Appelle jedoch dann, wenn ethnisch-sprachliche Zugehörigkeit wie in Indien genutzt wird, um den „Söhnen der Erde“ gegenüber Minderheitsethnie privilegierten Zugang zu Land, Bildung und vor allem Arbeitsplätzen in privilegierten Bereichen zu verschaffen, die verfassungsgemäß garantierte Chancengleichheit also zu unterhöhlen. Der Beitrag schließt mit Überlegungen dazu, inwieweit die gesellschaftliche Anbindung von Parteimitgliedern und -wählern der Demokratie in Indien auf der Input- und Outputseite förderlich war.

## **2 Der gesellschaftliche Rückhalt indischer Parteien**

Die indische Verfassung räumt den Parteien keine besondere Behandlung ein. Unabhängige können mit gleichen Rechten kandidieren. Die Anerkennung als nationale Partei (bei Mindestverankerung in fünf Unionsstaaten) hat keine unmittelbaren praktischen Folgen.

Der gesellschaftliche Rückhalt von Parteien ist in Indien nicht besonders hoch, nimmt man als Messlatte das Vertrauen, das Wähler in die Glaubwürdigkeit von Parteien setzen. Allerdings ist das Vertrauen in die Demokratie allgemein hoch, die Wahlbeteiligung zeigt seit der Unabhängigkeit im Prinzip steigende Tendenz, wobei v.a. Unterprivilegierte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Das mangelnde Vertrauen in Parteien ist ein Dauerfaktor, Ausschläge er-

führt dieses bei der medialen Aufdeckung neuer Korruptionsfälle, in die Parteiführer verwickelt wurden. Die Wahlbeteiligung stieg in Indien von 45,7 Prozent (1952) mit Unterbrechungen bis auf 64 Prozent (1984), sank 1991 auf 56,7 Prozent (Brass 1994), 1996 wurden 61 Prozent, 1998 57 Prozent und 1999 59 Prozent erreicht. Die Entwicklung in den Unionsstaaten verlief parallel. Spitzen der Wahlbeteiligung fallen mit spektakulären Ereignissen zusammen, das leichte Abfallen der Partizipation in letzter Zeit ist allein den häufiger werdenden Mid-Term Polls geschuldet. Die Partizipation auf dem Lande ist deutlich höher als in der Stadt, sie steigt bei der Stammesbevölkerung und den Unterkastigen, sinkt bei den Moslems (*India Today*, 9.3. 1998).

Die Wählerfluktuation ist vergleichsweise gering; von 1952 bis 1971 pendelte das Votum für die Kongresspartei zwischen 40,8 und 47,8 Prozent, seither beobachten wir einen kontinuierlichen Rückgang ohne große Sprünge auf 28,4 Prozent (1999). Spiegelbildlich nahm der Anteil der BJP von 7,4 (1984) auf 23,7 Prozent (1999) zu, auch dies ohne signifikante Sprünge. Relativ stabiler, wenngleich abnehmender Unterstützung erfreuten sich auch die beiden kommunistischen Parteien (CPI und CPI-M) und – hier mit wachsender Tendenz – die größeren Regionalparteien (die DMK und die AIADMK mit Basis in Tamil Nadu, die TDP in Andhra Pradesh, der Akali Dal mit Basis im Punjab und die AGP in Assam). Steigern konnten sich kontinuierlich die Vertretung der Unterkastigen (die BSP), marginalisiert wurden die sozialistischen Parteien und die Zerfallsprodukte der Janata Party (inklusive der Bauernpartei Lok Dal). Die ausgesprochen geringe Fluktuation der Wähler wird freilich konterkariert von den Effekten des Mehrheitswahlrechts in Einerwahlkreisen und den dabei notwendigerweise getroffenen Wahlabsprachen und -allianzen. Sie wird – allerdings nur geringfügig – verzerrt durch die häufigen Abspaltungen von Mutterparteien, deren Wiederannäherung an diese und ähnliches. Selbstverständlich sind die Fluktuationen auf regionaler und lokaler Ebene größer, wobei im ersten Fall meist ineffiziente Landesregierungen abgestraft werden (ein Regierungsbonus ist bei indischen Wahlen nicht auszumachen), Letzteres ist meist auf Faktionskämpfe zurückzuführen, die unterlegene Kandidaten dazu motivieren, als Unabhängige aufzutreten.

Die Partizipationsdichte ist in Indien – zumindest auf dem Papier – beachtlich. Die Angaben zur Zahl der Parteimitglieder sind indes mit Vorsicht zu genießen, eine Überprüfung der meist überzogenen Angaben ist angesichts fehlender oder nicht aktualisierter Mitgliederlisten meist nicht möglich. Nach Eigenangaben der Parteien hatte die Kongresspartei Mitte der 1980er

Jahre 17 Millionen Mitglieder (Malhotra 1990), die BJP behauptete, etwa 10 Millionen Mitglieder zu haben. Die CPI-M hat heute nach Eigenangaben knapp 800.000 Mitglieder (Frontline 19,7 (2002)), etliche Regionalparteien wollen eine halbe Million und mehr haben. Nimmt man alles zusammen, kommt man auf über 30 Millionen Parteimitglieder, eine angesichts des geringen Durchschnittsalters in Indien erstaunlich hohe Partizipationsdichte. Abgesehen von überzogenen Eigenangaben der Parteien muss dabei bedacht werden, dass die Anforderungen an die Mitgliedschaft gering sind (s.u.); nimmt man die Zahlen der aktiven Mitglieder, also jene, von denen etwas verlangt wird, erodieren die Angaben beträchtlich. So hatte die Kongresspartei Ende der 1960er Jahre gerade einmal 209.000 aktive Mitglieder, die BJP nach (Eigenangaben) Anfang der 1990er Jahre 100.000 Aktive (Malik und Singh 1994). Diesen Zahlen entspricht, dass es selbst bei den beiden größten Parteien Lücken in der organisatorischen Erfassung des Landes gibt, Parteibüros auf lokaler Ebene in etlichen Landesteilen schlicht nicht existieren oder besetzt sind (Kohli 1990, Brass 1994). Es ist aber zu bedenken, dass Funktionen von Parteimitgliedern bei etlichen Parteien durch Angehörige affiliiertes Organisationen übernommen werden, bei der BJP durch die RSS- und VHP-Aktivisten, bei einigen Regionalparteien durch die Fanclubs der (früher schauspielernden) Chefminister. Im Übrigen sind Sturmtrupps für den Wahlkampf billig anzuheuern; auch hierfür sind Parteimitglieder im engeren Sinne entbehrlich.

Hinsichtlich der Mitgliedschaft machen indische Parteien in der Regel die Unterscheidung zwischen anfänglichen (primary) und aktiven Mitgliedern. Anfängliche Mitglieder verpflichten sich (schriftlich) auf die dürre Basisphilosophie der Partei, bezahlen eine symbolische Aufnahmegebühr von 3 bzw. 5 indischen Rupien. Für aktive Mitglieder, die allein in überlokale Gremien wählbar sind, wird es schon mühseliger: Sie müssen zwei bis drei Jahre als normales Mitglied gedient haben, einen deutlich höheren Beitrag leisten (75 bzw. 100 Rupien), das Parteimagazin abonnieren, einen vorzeigbaren Lebenswandel aufweisen und sich diversen Trainingsprogrammen unterziehen, die von den lokalen Organen der Partei festgelegt werden. Sehr rigide sind diese Auflagen allerdings auch nicht, kontrolliert wird die Umsetzung wohl nur von der BJP und den kommunistischen Parteien, wobei auf den Parteitag Letzterer rituell über den Verfall der ideologischen Schulung geklagt wird.

Es gibt keine kollektive Mitgliedschaft von Verbänden an indischen Parteien, aber sehr enge Verbindungen zwischen diesen und parteinahen Gewerkschaften, wobei vor allem der Indian Trade Union Congress (kongressnah), die Bharatiya Mazdoor Sangh (BJP-nah) und der Cong-

ress of Indian Trade Unions (Verbindung zur CPI-M) mit millionenstarker Mitgliedschaft ins Auge fallen. Die Parteien verfügen auch über eigene Jugend- und Frauenverbände (zumeist „Frontal Organisations“ tituliert), mit eigener Mitgliedschaft und Wahlen, jedoch enger Kooperation mit der Mutterpartei (über einen Beratungsausschuss, der vom Parteipräsidenten berufen und geleitet wird beim Kongress, über die Einsetzung ihrer Leiter auf allen Ebenen durch den jeweiligen BJP-Führer).

### **3 Modi der gesellschaftlichen Anbindung von Parteien**

Prüft man die Übereinstimmung von gesellschaftlichen Konfliktlinien und der Wählerschaft/Mitgliedschaft in Parteien in Indien, so gilt es zu bedenken, dass (1) manche dieser Konfliktlinien nicht in der Intensität wie in der europäischen Entwicklung zur Demokratie auftraten oder fast ganz fehlen und (2) einige Konfliktlinien durch die Demokratie nach 1947 erst geschaffen bzw. intensiviert wurden. Das gilt erstens für die Konfliktlinie Zentrum – Peripherie. Dieser liegt im Wesentlichen das Interesse regionaler Eliten zugrunde, die regionale kulturelle Identität gegenüber Versuchen einer Durchsetzung einer gesamtindischen Identität (nebst Hindi als alleiniger Nationalsprache) oder gegenüber Immigranten aus anderen Landesteilen bzw. Bangladesch zu wahren und den „Söhnen der Erde“ Wettbewerbsvorteile bei der Ausbildung und im Berufsleben zu verschaffen. Träger dieser Bestrebungen war naturgemäß die landessprachliche Elite und die ihr nahestehenden Schichten der Kleinunternehmer und Mittelbauern. In Unionsstaaten mit einer distinkten regionalen politischen Kultur (wozu auch die kommunistisch regierten Staaten Westbengalen und Kerala zählen) werden sie auch ziemlich genau von diesen Gruppierungen gewählt. Die zweite Konfliktlinie zwischen Anhängern eines laizistischen und eines religiös fundierten Staates spielte lange Zeit keine große Rolle. Dies wegen der starken ethnischen, sprachlichen, kastenmäßigen und sozioökonomischen Fragmentierung der religiösen Gemeinschaften und wegen des Fehlens – besonders bei den Hindus – einer Amtskirche. Die Zuspitzung dieser Konfliktlinie ist weitgehend politisch induziert, dem „Verhätscheln“ der Minderheiten durch die Kongressregierung und den kompetitiven Reservierungen für die niederen Kasten (s.u.), gegen die die Oberkastigen opponierten. Logischerweise sind es zunächst jene Gruppen, die die hindu-nationalistische BJP wählen, ergänzt um die urbane Angestelltenschaft und Kleinunternehmer, die der tradierten Gesellschaft am meisten entfremdet und daher besonders orientierungsbedürftig waren. Auch der Stadt-Land-Gegensatz ist politisch induziert: Durch eine zunächst extrem industrielastige Entwicklungsstrategie benachteiligt, politisch durch die Herrschaft hochkastiger, englisch-

sprachiger Eliten marginalisiert, jedoch durch die Bildungsrevolution und die Effekte der Grünen Revolution selbstsicherer gemacht, haben sich die mittelbäuerlichen Schichten ab Mitte der 1960er Jahre vom Kongress ab- und diversen Regionalparteien sowie später der Janata Dal und dem Lok Dal (mit stark bauernfreundlichem Programm) zugewandt. Diese Parteien und ihr Anhang ist allerdings sehr instabil; eine straff organisierte Bauernpartei konnte oder brauchte sich gerade deswegen nicht bilden, weil wegen des noch weit überwiegend ruralen Charakters Indiens sich fast alle Parteien genötigt sahen, um die Stimmen der „Kulaken“ zu werben und deren Interessen zu berücksichtigen. Die letzte Konfliktlinie – zwischen Kapital und Arbeit – war und ist in Indien ebenfalls schwach ausgeprägt: Die industrielle Entwicklung wurde von Staatsunternehmen dominiert, die sich als mustergültige Arbeitgeber zu profilieren versuchten, die Privatwirtschaft wurde als Juniorpartner des Staates vor unerwünschter in- und ausländischer Konkurrenz abgeschirmt, die Gewerkschaften sind extrem fragmentiert, Lohnarbeiter im modernen Sektor ein sehr geringer Teil der Gesamtbevölkerung und überdies relativ privilegiert, kurzum: Sozialistische und kommunistische Parteien mussten zwangsläufig unter politischer Raumnot leiden, verstärkt noch durch die Folgen der sozialistischen Rhetorik von Kongress und Regionalparteien. Die Kommunisten mobilisieren und stützen sich denn im Wesentlichen auf die Klein- und Mittelbauern (die sie durch vorzeigbare Landreformen, Dezentralisierung und die Bereitstellung ländlicher Infrastruktur gewonnen haben), nicht jedoch auf die Landlosen<sup>1</sup>. Facharbeiter schließlich pflegen in den Distrikten um Mumbai und in Westbengalen vornehmlich den Kongress zu wählen (Malhotra 1990; Mallick 1994).

Wird die Frage umgedreht und untersucht, inwieweit Politiker soziale Gruppen und deren Belange einigermaßen repräsentativ abbilden, fällt in den ersten zwei Dekaden nach der Unabhängigkeit die riesige gesellschaftliche Kluft zwischen Berufspolitikern und ihren Wählern auf. Erstere waren dominiert von den genannten englischsprachigen Eliten (wobei die Vertreter der freien Berufe dominierten). In den südlichen Bundesstaaten begann sich der Anteil der Abgeordneten mit Mittelschicht- oder gar Unterschichtstatus schon früh zu steigern, in den nördlichen Bundesstaaten besonders ab 1977 (Wahlsieg der Janata-Partei). Seither hat sich der Anteil der Parlamentarier mit niedrigkastigem (OBC-)Hintergrund verdoppelt – wobei allerdings drei Fünftel der Abgeordneten hier auf zwei einzelne Kastengruppen entfallen – der Anteil der Unterkastigen und Stammesangehörigen verblieb bei dem von der Verfassung vor

---

<sup>1</sup> Nach Eigenangaben beträgt der Anteil der Arbeiter und Bauern bei der CPI-M in Westbengalen 52%, in Kerala 85%; vgl. Frontline 19,7 (2002).

gesehenen Quorum (etwa 25 Prozent). Die soziale Zusammensetzung der Land- und Bezirkstage bestätigt diesen Trend (Jaffrelot 2000). Zwischen den Parteien gibt es noch gewisse Unterschiede: So sind die Parlamentarier und Regierungen der BJP auf allen Ebenen hochkastiger als die der Kongresspartei (die allerdings ebenfalls einen Bias zugunsten der höheren Kasten aufweist), die Unterschiede haben sich aber schon deutlich abgeschliffen (Jaffrelot 1998b). Beim beruflichen Hintergrund der Abgeordneten fällt v.a. der zunehmende Anteil der Bauern ins Auge, das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Abgeordneten verbessert sich kontinuierlich. Dennoch wird man insgesamt eher eine gewisse „Proletarisierung“ der indischen Berufspolitiker konstatieren müssen, die natürlich mit einem umso stärkeren Zwang für diese einhergeht, ihre Einkünfte aus diesem Beruf auf Dauer zu stellen. Letztlich ist der eventuelle Statusabstand zwischen Wählern und Politikern in Indien nicht mehr so bedeutsam, weil auch höherkastigere politische Führer eine Mehrheit erzielen und sich bei der insgesamt stärker ausgeprägteren politisch-sozialen Mobilisierung im Lande zumindest mit populistischen Aktionen als volksnah erweisen müssen.

Alle indischen Parteien verfügen natürlich über Parteiprogramme. Viel Erhellendes bieten sie allerdings nicht. Die Parteistatuten der Kongresspartei definieren als Parteiziele die Wohlfahrt des indischen Volkes, die Errichtung eines sozialistischen, säkularen und demokratischen Staates auf der Basis von Chancengleichheit und parlamentarischer Demokratie durch friedliche Mittel und den Beitrag zum Weltfrieden auf der Basis der Einheit und Integrität des Landes (AICC 1999a). Wer wollte da widersprechen. Dies fällt auch bei den Statuten der hindunationalistischen BJP nicht leicht. Diese wollen aus Indien eine moderne und prosperierende Nation machen (inspiriert von der alten Kultur des Landes) und eine Großmacht, die eine wichtige Rolle im Konzert der Nationen, bei der Schaffung des Weltfriedens und der Einrichtung einer gerechten internationalen Ordnung spielt. Das Ganze auf der Basis von Demokratie, Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, sozialistischen und säkularen Werten. Als Basisphilosophie wird der etwas wolkige „Integrale Humanismus“ definiert (BJP 1999). Die Kommunisten fallen aus diesem vagen Mainstream deutlich heraus; vornehmlich aber deswegen, weil sie erst im Oktober 2000 ihr von 1964 stammendes (zwangsläufig radikales) Programm änderten, dabei daher auch nicht zu forsich mit dem ideologischen Altbestand umgehen konnten. Die CPI-M will die Realisierung der Volksherrschaft (mit friedlichen Mitteln) in Indien auf der Basis der Einheit von Arbeitern und Bauern, heißt nunmehr das Vielparteiensystem gut, will zwar umfassende Kontrolle von ausländischen Privatinvestitionen, heißt aber Letztere in ausgewählten Sektoren gut und erkennt (implizit) die positive Rolle der Privat-



wirtschaft an (CPI-M 2000). Die Neuerungen dienten im Wesentlichen dazu, sich als eventuellen Koalitionspartner einer Anti-BJP-Koalition anzudienen (*India Today*, 6.11.2000). Weiterhin werden freilich der Klassencharakter des indischen Staates geschmäht, das Prinzip des demokratischen Zentralismus propagiert und Abstand von den Vereinigten Staaten empfohlen.

Etwas präziser als die Statuten sind die Wahlmanifeste. Bei den Kommunisten fällt das Letzte (von 1999) deutlich reformistischer aus als das Parteiprogramm. Sie strebt ein Ende aller sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit an, die strikte Trennung von Religion und Politik (u.a. Verweisung des Disputs um den Tempelbau in Ayodhya an den Obersten Gerichtshof), wirtschaftliche und politische Dezentralisierung (dabei auch Schmälerung der Eingriffsrechte der Zentrale über das Instrument des President's rule und Autonomie für Kaschmir) bei Wahrung der Integrität des Landes, eine unabhängige, blockfreie Politik (dabei auch Ausgleich mit Pakistan), Stopp der Nuklearisierung bei Verweigerung der Zeichnung Indien diskriminierender Verträge (CTBT), umfassende Landreformen, höhere öffentliche Investitionen, eine größere Rolle des staatlichen Sektors, Schutz der heimischen Industrie und Indexierung der Mindestlöhne (CPI-M 1999). Die Kongresspartei will nach ihrem Wahlmanifest ebenfalls eine klare Trennung von Religion und Politik, den Schutz der Minderheiten (über Reservierungen), stärkere Verantwortung lokaler Körperschaften für Entwicklungsprogramme, Abbau der Restriktionen für den kleinbetrieblichen Sektor und im Übrigen inkrementale Verbesserungen in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sektoren (AICC 1999b). Insoweit stellt die Plattform einen mehr oder weniger erschöpfenden Wunschzettel dar.

Dreierlei sollte betont werden: (1) Die ideologische Polarisierung zwischen den nationalen Parteien ist vergleichsweise gering: in wesentlichen Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik sind sich alle Parteien einig, in wirtschaftspolitischen Fragen unterscheiden sie sich nur in Nuancen, auffällige Unterschiede gibt es nur in Bezug auf den säkularen Charakter des Staates und die Politik gegenüber den Minderheiten. (2) Ausformulierte Parteiprogramme sagen wenig über die tatsächliche ideologische Geschlossenheit und diesbezügliche Konflikte aus. Differenzen innerhalb der Parteien (vor allem in Bezug auf die Liberalisierung der Wirtschaft, auf die Nuklearpolitik, auch in Bezug auf kulturellen Pluralismus und Toleranz oder die Gleichberechtigung der Frauen) sind zumeist ausgeprägter als zwischen den Parteien. Der Positionsbezug zu wichtigen Fragen hängt oft eher mit der Frage zusammen, ob sich die Partei in der Regierungsverantwortung befindet oder nicht. So betrieb die Kongresspartei in der

Regierung die Privatisierung von Staatsbetrieben, um sie später in der Oppositionsrolle in Frage zu stellen. Bei den Kommunisten steht die noch halbwegs radikale Ideologie im Kontrast zur reformistischen Praxis, erzwungen durch die entsprechende soziale Basis der Partei (die sich eher auf Klein- und Mittelbauern sowie die Arbeiter im formalen Sektor denn die wirklich Unterprivilegierten stützt) und den geringen politischen Aktionsradius (Westbengalen, Kerala), der relative Botmäßigkeit gegenüber der Unionsregierung erzwingt (Mallick 1994). Die BJP in der Regierung sah sich zu einer starken Verwässerung ihrer ideologischen Positionen genötigt (letztlich der Aufgabe ihrer Kernanliegen) in einem Maße, der ihren radikaleren Vorfeldorganisationen (VHP, RSS) derart missfiel, dass sie schon laut darüber reflektierten, ob sich der Erhalt der Koalition für sie noch lohne, während die BJP diese Organisationen schon häufiger recht unsanft zur Ordnung rufen musste. (3) Ideologische Differenzen haben die Parteien nicht gehindert, mitunter absonderlich erscheinende Verbindungen einzugehen zwischen programmatisch extrem unterschiedlichen Partnern (etwa zwischen der Partei der Unterkastigen – der BSP – in Uttar Pradesh und der BJP, zwischen der BJP und ausgesprochen regionalistischen Parteien). Zu gemeinsamer Koalition unfähig sind lediglich Kommunisten und BJP, aus ausschließlich machtpolitischen Gründen auch Kongress und BJP. Der Kongress und die Kommunisten gingen national Allianzen mit Parteien ein, die sie regional scharf bekämpften etc. Auch ideologische Polarisierung will also nicht allzu viel besagen.

Die Rolle der Parteien bei der Thematisierung politischer Probleme ist trotz dieser ideologischen Beliebigkeit dominant. Das hat schlicht mit der Tatsache des Dauerwahlkampfes in Indien zu tun, denn irgendwo ist immer Wahltag. Es gibt eigentlich kaum ein gesellschaftliches Vorkommnis, das nicht einer Partei dazu dient, gegnerische Gruppierungen dafür verantwortlich zu machen. Aufklärerische Interessen im eigentlichen Sinne spielen dabei allerdings kaum eine Rolle. Zwangsläufig ist auch die Bedeutung der Parteiaktivisten bei der Mobilisierung und Beeinflussung von Wählern in Indien größer als in Westeuropa, wo Wahlkampagnen zunehmend von professionellen Agenturen geplant und durchgeführt werden. Relativiert wird die Bedeutung der Parteiaktivisten aber bei etlichen Parteien durch den Zugriff auf andere Unterstützer – hier spielen bei der AIADMK v.a. die Fanclubs eine Rolle (deren Mitgliederzahl sich auf 300.000 belaufen soll), bei der BJP der millionenfache, disziplinierte Anhang der RSS und des VHP (samt deren Unterorganisationen) – und durch die Anwerbung von Mietlingen meist relativ zweifelhafter Qualität (s.u.).

## 4 Kasten und Politik

Beobachter der indischen Gesellschaft und Politik glaubten zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit, dass die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und der Aufbau demokratischer Institutionen zumindest mittelfristig zu einer Erosion der gesellschaftlichen Relevanz des Kastenwesens führen würde. Erstens würde die Entstehung einer modernen Industriegesellschaft mit freien Arbeitsmärkten und damit freier Zirkulation der Arbeitskräfte zu sozialer Individualisierung führen, ferner das allgemeine Wahlrecht und die repräsentative Demokratie zur Beseitigung vormoderner intermediärer Kräfte zwischen den Einzelnen und dem Staat (Kaviraj 1999). Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Vielmehr kann man aus der Beobachtung der Kandidatenaufstellung zu den Wahlen auf zentraler und bundesstaatlicher Ebene, den dabei von Parteiführungen angestellten taktischen Kalkülen, den innerparteilichen Konflikten und den Wahlallianzen nur den Schluss ziehen, dass das Kastenwesen durch demokratische Politik sogar gestärkt wurde.

Die einfachste, aber unterkomplexe Erklärung dieses Phänomens wäre, dass Politik in einem demokratischen Mehrparteiensystem schließlich ein kompetitives Geschäft darstellt: Sieht die Mehrheit der Wahlbevölkerung gesellschaftlichen Status und Konflikte durch die Kastenbrille, sind Parteien zum Zwecke der Stimmenmobilisierung gut beraten, sich entlang von Kastengruppen zu organisieren und/oder entsprechende Allianzen zu bilden (Kothari 1999). Unterkomplex ist diese These, weil Parteien das Kastenwesen nicht lediglich widerspiegeln und vorhandene Kastengruppierungen mobilisieren, sondern weil politische Entscheidungen oftmals erst die Grundlage für die Bildung neuer, sich entlang Kastenlinien organisierender Gruppierungen geschaffen hat, die Bildung von Kastenvereinigungen beförderte und Konflikte zwischen Einzelkasten oder Kastenvereinigungen intensiviert. Was wir in Indien beobachten, ist also nicht eine Revitalisierung traditioneller, primordialer gesellschaftlicher Gruppierungen, sondern ihre Rekonfiguration und die Neudefinition ihrer politisch-sozialen Zielsetzungen unter dem Einfluss der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen des unabhängigen Indiens. Kastengruppierungen in der Politik Indiens sind somit eine hybride Mischung aus traditionellen und sehr modernen Elementen.

Die genannten politischen Entscheidungen, die diesen Prozess befördert haben, sind folgende:

1. Die Reservierung von einem Viertel der Wahlkreise, der Ausbildungsplätze an den Hochschulen und Stellen im öffentlichen Dienst für die Stammesangehörigen und die Kastenlo-

sen (eine problematische Bezeichnung, weil man als Hindu aus dem Kastenwesen nicht herausfallen kann) durch einen Verfassungsartikel. Dieser, verstanden als zeitweilige Maßnahme (zunächst begrenzt auf zehn Jahre) sollte zur Heranführung dieser Gruppen an den Mainstream der indischen Gesellschaft dienen. Der Artikel wurde praktisch auf unbegrenzte Zeit verlängert. Er begünstigte insgesamt 635 Unterkasten in der Weise, dass er ihnen proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil Zugang zu knappen Stellen im privilegierten Sektor und den dazu notwendigen Zugang zu den Hochschulen öffnete. Um die Bedeutung der Reservierung einschätzen zu können, muss man wissen, dass noch heute nur etwa 30 Millionen Arbeitsplätze auf den modernen, formalen Wirtschaftssektor entfallen, davon gut die Hälfte auf den öffentlichen Bereich. Löhne und Arbeitsbedingungen dort sind deutlich besser als im informellen Wirtschaftssektor oder in der Landwirtschaft. Auch wenn Kastenlose oftmals nicht die Eingangsvoraussetzungen für die Besetzung der Stellen hatten (und die Quoten daher insbesondere auf höher qualifizierten Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst bis heute nicht ganz zu füllen vermochten), so konnte sich dennoch deren Elite deutlich verbesserter Berufschancen erfreuen und entwickelte folglich ein solides Interesse am Fortbestand der Reservierungen. Dieses Gesamtinteresse an der Fortsetzung relativer Privilegierung als Gesamtgruppe vermochte auch sonst wahrnehmbare Differenzen innerhalb der Kastenlosen (die keineswegs eine homogene Einheit darstellen) zu überdecken.

2. Politisch fand dieses Interesse lange Zeit in der Kongresspartei seine Heimstatt, die ja erstens den einschlägigen Verfassungskompromiss zur Reservierungspolitik mit dem Führer der Unberührbaren, dem früheren Justizminister Bhimrao Ambedkar aushandelte, sich für die Beibehaltung der Reservierung stark machte, zweitens Führungspersönlichkeiten der Kastenlosen in politisch sichtbaren Stellungen positionierte (zuletzt den früheren Staatspräsidenten Narayanan) und drittens auch in ihren Wahlplattformen sich für deren Belange einsetzte. Politisch blieb der Kongresspartei, nach Erosion ihres Stimmenanteils bei den mittleren Kasten, auch gar nichts anderes übrig, wollte sie keine weitere Schwächung ihrer politischen Stellung riskieren. Einer eigenständigen politischen Partei bedurften die Dalits (Kastenlosen) daher lange nicht. Im Jahre 1972 trat aber mit den Dalit Panthers erstmals eine militante politische Partei der Unberührbaren auf, die sich allerdings im Wesentlichen auf Mumbai und Umgebung beschränkte, relativ desorganisiert war und schon nach zwei Jahren ein Ende fand. Im Jahre 1984 wurde eine neue, erfolgreichere Partei der Unterkastigen unter Vorsitz des ehrgeizigen, politisch eher erratischen Kanshi Ram ins Leben gerufen (die Bahujan Samaj Party, BSP), die auch die Niedrigkastigen

mobilisieren wollte und 1993 erstmals in der regierenden Koalition in Uttar Pradesh (zusammen mit der linken SP) vertreten war. Nach Zerschlagen dieser Koalition scheute die BSP auch nicht vor einer Koalition mit der hindu-nationalistischen BJP zurück. Dies zeigt, dass es ihr bei der Regierungsbeteiligung nicht um die Umsetzung programmatischer Anliegen geht, sondern im Wesentlichen um die Schaffung und Verteilung von Pfründen an ihre Klientel, eine Vermutung, die durch ihre anschließende Regierungspraxis (unter Chefministerin Mamata Banerjee, die allerlei Programme und Institutionen für die Dalits ins Werk setzte) bestätigt wurde. Umgekehrt zeigt das Eingehen auf diese Koalition aber auch, dass die Unterkastigen zumindest soweit als eigenständige und kohäsive Kraft wahrgenommen werden, dass sie als koalitionsfähig gelten. Die BJP und ihre Vorfeldorganisationen haben in den letzten Jahren beträchtliche Anstrengungen unternommen, um sich den Dalits zu öffnen, Sozialprogramme für sie zu initiieren etc.

3. Die Erfolgsträchtigkeit der also keineswegs nur traditionellen politischen Mobilisierungsstrategie über die Kastenzugehörigkeit ließ sich natürlich auch auf Kastengruppen oberhalb der Dalits anwenden. Handhabe dazu hätte ein weiterer vergleichsweise unbestimmter Verfassungsartikel bieten können; dieser brachte 1953 immerhin die Einsetzung einer entsprechenden Regierungskommission zur Untersuchung der Lage anderer benachteiligter Gruppen. Der von ihr 1955 vorgelegte Bericht identifizierte denn in der Tat insgesamt 2399 Other Backward Castes (OBC) und schlug einschlägige Fördermaßnahmen vor, darunter auch zusätzliche Reservierungsquoten für die OBCs. Dieser Bericht fand freilich keine Zustimmung. Ähnlich erging es zunächst einem zweiten Bericht (der nach ihrem Vorsitzenden benannten Mandal-Kommission), der bereits auf eine Zahl von 3743 OBC kam und für sie eine zusätzliche Reservierungsquote von 27 Prozent vorsah. Interessant ist, dass dieser zweite Bericht lange Zeit unbeachtet blieb, bis ihn die Regierung V.P. Singh 1990 aus der Versenkung holte. Diese hatte keine parlamentarische Mehrheit und erstrebte die Umsetzung der Empfehlungen des Mandal-Berichtes im Wesentlichen wohl zur Verbreiterung ihrer Wählerbasis und zur Sicherung des eigenen Überlebens. Nicht diese Taktik an sich ist bemerkenswert, sondern die Tatsache, dass sie der Regierung (zu Recht) 1990 (und nicht etwa 25 oder zehn Jahre früher) als erfolgsträchtig erschien. Dies verweist auch darauf, dass sich mittlerweile niedrige Kasten ihrer eigenen Identität bewusst geworden wären, mehr noch aber darauf, dass der indische Staat, seine Untergliederungen und sein Ausbildungssystem inzwischen eine wichtigere Beute für die OBCs darstellen – zumal sie jetzt auch in stärkerem Maße die bildungsmäßigen Voraussetzungen erworben haben – und dass nationale Parteien dies zum Zwecke der politischen Mobilisie-

rung nutzen. Dabei sind ihnen die unionsstaatlichen Parteien deutlich vorausgeeilt: Anfang der 1990er Jahre hatte der neue Chefminister von Uttar Pradesh, der Führer der SP und selbst Angehöriger der OBCs, einen Erlass verfügt, der eine Reservierungsquote von 15 Prozent für seine Gruppe vorsah. Die nachfolgende Regierung aus SP und BSP erhöhte diese Quote auf 27 Prozent. Die etwa zur gleichen Zeit ans Ruder kommende Regierung in Bihar folgte nach, den Gremien der Universität Patna wurde gar eine Quote von 50 Prozent verordnet. Distriktmagistrate, neu ernannte Lehrer und Polizisten entstammten in beiden Unionsstaaten weitgehend den eigenen Reihen. Die Landesregierung von Tamil Nadu setzte 1994 eine vom Unterhaus durch Verfassungsänderung abgesegnete Gesamtquote von 69 Prozent für die Stammesangehörigen, die Unterkastigen und die OBC durch. Schließlich wurde auch auf zentraler Ebene eine Quote von 27 Prozent für die OBCs verfügt, die durch einen Beschluss des Obersten Gerichtshofes um die wohlhabende Oberschicht dieser Gruppen vermindert wurde (Jaffrelot 2000).

4. Beachtenswert an diesen Vorgängen ist, dass Kasten, schon gar nicht Kastengruppierungen, keineswegs soziökonomisch homogene Einheiten darstellen, sich damit auch kaum einheitliche Interessen postulieren lassen, die diesen eigen wären. Die politisch motivierte Zuordnung zu Kastengruppierungen und die Gewährung von Beschäftigungs- und Ausbildungsquoten schafft oder verfestigt diese Gruppierungen erst und fördert im Wesentlichen ihre jeweiligen Eliten, wobei es mitunter zu parteilichen Konkurrenzbildungen der ausgeschlossenen Eliten zweiter Ordnung oder zum Überlaufen dieser zu anderen Parteien (etwa zur BSP in Uttar Pradesh) kam (Chandra 2000). Genau dieses Faktum der relativen Begünstigung von Kasteneliten macht die Reservierungspolitik im Kontext einer klientelistisch ausgerichteten Politik in Indien so erfolgsträchtig. Dies gilt nicht nur in Bezug auf den Wettbewerb der politischen Parteien untereinander, sondern auch in Bezug auf den innerparteilichen Wettbewerb. Zeitlich versetzt lassen sich dabei unterschiedliche Strategien beobachten: Anfangs fand die kastenbezogene kompetitive Zuteilung von Macht und Ressourcen hauptsächlich innerhalb der Kongresspartei statt. Hier waren lange Jahre die Hochkastigen dominant, die auch die Führungspositionen in Partei und Regierung auf zentraler, unionsstaatlicher und lokaler Ebene besetzten. Mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung, Bildungsexpansion und Ausweitung staatlicher Pfründe begannen bald nach der Unabhängigkeit auch andere, gut positionierte Kasten ihre Wünsche anzumelden, die dann auch ins Kongresssystem kooptiert wurden. Das ging solange gut, wie genügend Posten für alle zur Verfügung standen. Nach Erschöpfung dieser Ressource stand als erfolgsträchtige politische Strategie zur Mehrung von Macht und Einkommen der eigenen

Kastengruppen innerhalb der Kongresspartei nur noch jene Ressource zu Gebote, die versuchte, mit Anführern niedriger, zahlenmäßig umfangreicher Kasten Allianzen gegen die bisher dominanten Kastengruppierungen in der Partei zu schmieden. Geling dies wie unter Devrai Urs in Karnataka, entstand damit auch gleichzeitig eine neue mehrheitsfähige Basis (Manor 1999), gelang es nicht, mobilisierten konkurrierende Parteien die nicht dominanten Kasten. Interessant ist, dass diese Vorgänge nach Bundesstaaten zeitlich versetzt erfolgten. Im Süden des Landes ergriffen Vertreter niederer Kasten praktisch schon in den 1960er überall die Macht, im Norden kamen erst – und auch nicht durchgehend – in den 1980er und 1990er Jahren plebeische Politiker nach oben. Hintergrund dieser unterschiedlichen Entwicklung ist die Tatsache, dass die Hochkastigen in Nordindien einen deutlich größeren Bevölkerungsanteil stellten und stellen, die OBCs im Norden gesellschaftlich und politisch fragmentierter waren und sich im Süden mit der Agenda für die Besserstellung jener Gruppen auch die identitätsstiftende Strategie der sprachlichen/ethnischen Abgrenzung gegenüber dem Hindigürtel verbinden ließ.

5. Interessant ist weiter, dass auch Parteien mit einer eigentlich säkularen oder pan-indischen Agenda sich der „Mandalisierung“ (= der kompetitiven Erhöhung der Quoten) nicht entziehen konnten. Am vergleichsweise wenigsten war dies noch bei den beiden kommunistischen Parteien der Fall, wenngleich sich ihr Zweig in Kerala bedenklich stark auf eine bestimmte Kastengruppe (die Toddy Tappers) stützte und die regierende CPI-M in Westbengalen eine doch prononcierte Politik nicht zugunsten der Landarbeiter und Landlosen, sondern der bäuerlichen Unter- und Mittelschichten fährt, also genau jener Gruppen, die auch mit den OBCs zusammenfallen. Auch die BJP, die als Vertretung der eher höherkastigen Städter begann, Reservierungen im Prinzip ablehnt und eine ideelle Gemeinschaft aller Hindus anstrebt, war aus wahltaktischen Gründen gezwungen, sich den niederen Kasten zu öffnen (dies fällt bei ihr unter den Begriff des „social engineering“). Dazu kam die „indirekte Mandalisierung“ der Partei durch ihre Wahlallianzen und Regierungskoalition mit Parteien auf zentralstaatlicher und unionsstaatlicher Ebene, die die niederen Kasten repräsentieren (Jaffrelot 2000).

Folgendes soll festgehalten werden: Kasten und Kastengruppierungen sind in Indien politisch nicht im Wesentlichen deswegen bedeutsam, weil Parteien mit ihrer Hilfe gegebene, traditionsbedingte Interessen bündeln könnten. Parteien und der politische Prozess schaffen oder festigen diese Gruppierungen vielmehr erst durch allgemeine, kompetitive Wahlen, die zu Wahlsiegen dabei notwendige Bildung von gesellschaftlich-politischen Allianzen und die

nachfolgende Allokation knapper Mittel und Stellen nach Kastenkriterien. Eher latente soziale Konfliktlinien wurden also durch inner- und zwischenparteiliche Konkurrenz explizit gemacht und verschärft (so schon sehr früh Kothari und Shah 1967). Wesentlich hierfür ist in Indien – und anderen Entwicklungsländern – die Tatsache, dass der soziale Wandel und die damit einhergehende Umverteilung von Lebenschancen zu einem erheblichen Maße politisch induziert ist. Will man diese Entwicklung in Indien werten, ist man schnell dabei, die Mandalisierung der Politik als Perversion der Demokratie zu brandmarken (Chattopadhyay 1998) sowie ihren negativen Einfluss auf die Regierungsfähigkeit (Kohli 1990) oder die Beförderung des allgemeinen Wohls und der tatsächlichen (wirtschaftlichen) Besserstellung der Unterprivilegierten zu beklagen (Drèze und Sen 1995). Unbestreitbar ist aber auch, dass die parteipolitische Mobilisierung entlang der Kastenzugehörigkeit in Indien einen gesellschaftlich egalisierenden Einfluss hatte, zumal Diskriminierung in Indien in vorderster Linie kastenbezogen erfahren wurden, dass sie die übermäßige politische Dominanz der Hochkastigen brechen half und damit eine zweite demokratische Phase einläutete (Yadav 1996).

## **5 Appelle an ethnische/religiöse Identitäten**

Nicht viel anders als der Befund zur Instrumentalisierung kastenmäßiger Spaltungslinien fällt jener zum Appell an ethnische/religiöse Identitäten aus. Natürlich wäre es unsinnig zu behaupten, es gebe überhaupt keine gesellschaftliche Grundlage für subnationale Zusammengehörigkeitsgefühle. Das ist in einem Land von der Größe Indiens, mit auch äußerlich erkennbarer Angehörigkeit der Bevölkerung zu unterschiedlichen Volksgruppen, mit drei unterschiedlichen sprachlichen Großfamilien, mit 15 von der Verfassung anerkannten Nationalsprachen (und noch wesentlich mehr tatsächlich benutzten Sprachen), dem nach der Unabhängigkeit sich verstärkendem Bestreben der nationalen Führung im Norden, dem Rest des Landes Hindi einzige nationale Sprache zu oktroyieren, das föderale System auszuhöhlen usw. auch gar nicht anders sein. Schon die letztgenannten Faktoren lassen aber deutlich werden, dass ein nicht geringer Teil der Ethnisierung indischer Politik und der Bildung von Parteien, die diese propagieren, eine politische Reaktion auf mehr oder weniger ungeschickte Zentralisierungsversuche durch die Bundesregierung darstellt.

Zwei weitere Faktoren des Aufstiegs regionaler Parteien sind ebenfalls politisch verursacht: Zum einen die enorme Ausdehnung der Staatstätigkeit in Indien nach der Unabhängigkeit und die mit der Einrichtung eines föderalen Systems verbundene Dezentralisierung der Leistungs-



verwaltung, der Schaffung unionsstaatlicher öffentlicher Betriebe und der Expansion eines Bildungswesens, das Unterricht in der jeweiligen Landessprache vermittelte. Als logische Konsequenz mussten die so Ausgebildeten die Neigung entwickeln, für die Beschäftigung im expandierenden öffentlichen Sektor die Beherrschung eben dieser Landessprache zu verlangen, auf die Bildung sprachlich homogener Unionsstaaten zu dringen (diesbezüglich gab es in Indien zwei große Wellen in den 1950er und ab den späten 1960er Jahren) und zur Durchsetzung dieser Bestrebungen auf regionalistische Parteien zu setzen. Es ist ein relativ deutlicher Zusammenhang zwischen dem Aufstieg von Regionalparteien in den jeweiligen Bundesstaaten und der Expansion des Bildungswesens dort zu konstatieren.

Eine zweite Quelle für die Bildung regionaler Parteien liegt in der Dynamisierung der Landwirtschaft, zunächst durch meist eher zaghaft betriebene Land- und Pachtreformen, sodann durch die sogenannte Grüne Revolution ab Mitte der 1960er Jahre. Die Kongresspartei, die lange Zeit durch lokale Notabeln dominiert wurde, konnte die Massen der wohlhabender und artikulierter werdenden „Kulaken“ bald nicht mehr integrieren. Im Übrigen stand auch ihre Entwicklungsstrategie – Vorrang der staatswirtschaftlichen Schwerindustrie bei protektionistischer Handelspolitik – im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen dieser Mittelbauern. Dieser Gegensatz wurde von der Zentralregierung durch allerlei landwirtschaftliche Entwicklungsprogramme (das Integrierte Landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm, Agrarkreditprogramme etc.), vor allem aber durch beträchtliche Subventionen für Strom, Wasser und Düngemittel abzumildern versucht, Leistungen, die im Wesentlichen auf kommunaler oder Landesebene erbracht wurden. Damit steigerte sich aber die Attraktivität der politischen Beute auf dieser Ebene noch mehr und intensivierte Bestrebungen, sie zu monopolisieren.

Der politische Nutzen, der Appelle an regionale/ethnische Identitäten stiftet, ist nicht unbeachtlich: Dies zeigt allein die kontinuierliche Zunahme der Wählerstimmen regionaler Parteien von 15 Prozent im Jahre 1967 auf heute über 30 Prozent bei den nationalen Wahlen. Die Regionalparteien sind die eigentlichen Gewinner der letzten zwei Unterhauswahlen, ein Faktum, das durch den parallelen, letztlich relativ bescheidenen Stimmengewinn der BJP verdeckt wurde. Ohne regionale Parteien sind regierungsfähige Koalitionen auf zentraler Ebene nicht mehr möglich, auf unionsstaatlicher ohnedies nicht. Dort stellen regionale Parteien allein oder als größerer Koalitionspartner die Regierung, Ausnahmen hiervon bilden lediglich noch Gujarat, Orissa und Rajasthan (Sanghavi und Thakkar 2000). Ganz klar brachte der Aufstieg der regionalen Parteien ihnen auch vermehrten Einfluss auf die politische Agenda, sicht-

bar an überproportionaler Zuteilung von Ressorts in der aktuellen Koalitionsregierung und an der doch sehr deutlichen Verdünnung der hindu-radikalen Agenda bei der dominanten Regierungspartei.

Regionale/ethnische Mobilisierungsstrategien ermöglichen erstens die Bildung von Koalitionen durch gesellschaftliche Gruppen, die vom politischen Prozess bislang ausgeschlossen waren. Dabei kann die Subsumierung unter das gemeinsame Rubrum einer ethnischen Gemeinschaft vergleichsweise stabile Parteien schaffen, unter deren Dach sich eigentlich (sozioökonomisch) eher disparate Interessen versammeln. Linken bzw. liberalen Parteien ist diese Strategie an sich verwehrt, weil sie vornehmlich entlang sozioökonomischer Spaltungslinien mobilisieren (Subramanian 1999). Jedoch tragen etliche der sogenannten nationalen Parteien in Indien stark regionalen Charakter, da sie nur in einem oder wenigen Unionsstaaten einigermaßen erfolgreich waren und im Übrigen auch politisch-strategisch ausgeprägt regionalistisch agieren. Regionale/ethnische Mobilisierungsstrategien sind zweitens auch vergleichsweise „billig“ in Hinsicht auf den erforderlichen Ressourceneinsatz. Für die Wähler springt nach der Wahl meist nicht viel mehr heraus als symbolische Gesten (Umbenennung von Plätzen und Einrichtungen, Kreditamnestien, Schulspeisungsprogramme etc.), Umverteilungs- oder Entwicklungsprogramme großen Stils jedoch nicht. Ethnische/regionale Mobilisierung kann man daher als Strategie zur Entmündigung oder Verdummung von Wählern geißeln, oder ihre negativen Konsequenzen hinsichtlich stärker sich ausprägender zentrifugaler Tendenzen und der Konzentration des politischen Geschäfts auf enge Interessen (im Wesentlichen Ämtergewinn und Wahrung subnationaler Vorteile bei der Verteilung zentraler Subsidien) beklagen. Positiv könnte man behaupten, dass diese Strategie vielleicht auch Schlimmeres verhindert bzw. erschwert hat, nämlich erstens die Ausbreitung des religiösen Fundamentalismus, weil Appelle an regionale Identitäten quer zu diesem lagen. So ist es auch in Südin- dien allgemein während der Unruhen in und um Ayodhya vergleichsweise ruhig geblieben. Zweitens kanalisiert regionale Parteien separatistische Bestrebungen in für die Stabilität des Landes vergleichsweise harmlose Bahnen.

## **6 Der innerparteiliche Faktionalismus**

Der Faktionalismus hat in Indien eine lange Tradition. Er ist nicht zuletzt eine Folge – ähnlich wie in Japan – des lange Zeit herrschenden Systems einer hegemonialen Partei. Bekanntlich deckte die Kongresspartei ein sehr breites Spektrum gesellschaftlicher und politischer Interes-

sen ab von sozialistischen bis zu prononciert marktwirtschaftlichen, von säkularen bis zu hindu-religiösen Positionen, gesellschaftlich von den landlosen Dalits bis zur wirtschaftlich-sozialen Elite. Da konnte es nicht ausbleiben, dass sich innerhalb der Partei Faktionen bildeten zur Förderung der gemeinsamen Ziele von Untergruppen, die anfangs erkennbar ideologischer oder programmatischer Art waren, später nur der Beuteerwirtschaftung und -verteilung dienten (Roy 1967; Carras 1972; Thakur 1995). Faktionen waren im Wesentlichen von unten nach oben organisiert, lose Koalitionen um konkurrierende lokale und nationale Führer, die um die Besetzung wichtiger Ämter und Ausschüsse konkurrierten und dabei versuchten, so viele Parteimitglieder wie möglich zu mobilisieren. Angesichts des vergleichsweise geringen Aufwandes, Parteimitglied zu werden (s.o.), geschah dies auch oftmals durch Mobilisierung von Scheinmitgliedern (deren Namen dem Wählerregister entnommen wurden oder deren Mitgliedsbeiträge pauschal die jeweiligen Faktionsführer beglichen). Faktionen waren überwiegend persönlicher Natur (basierend auf Freundschaft, gleicher Kastenzugehörigkeit etc.), selten sehr stabil und vor allem auf unionsstaatlicher Ebene besonders ausgeprägt. Faktionsführer erwarten bedingungslose Loyalität von ihren Anhängern, verteilen dafür im Gegenzug Mittel und Jobs an diese.

Nach Erosion der einstigen Kongressdominanz eröffnete sich im Konkurrenzkampf unterlegenen Faktionen auch die Möglichkeit des Parteiwechsels, der Kandidatur als Unabhängige oder unter einem neuen, mitunter nur durch ein Affix veränderten Parteinamen (Brass 1994). Gar nicht selten fanden abtrünnige Faktionsführer und ihr Anhang freundliche Aufnahme in einer Konkurrenzpartei. Bis zur Verfassungsänderung 1985 wurde dies durch die Tatsache erleichtert, dass abtrünnige Abgeordnete ihres Mandates nicht verlustig gingen, seither ist dies nur noch der Fall, wenn sich weniger als ein Drittel der jeweiligen Fraktion abspaltet. Diese an sich sinnvolle Änderung hat nun allerdings dazu geführt, dass sich Bemühungen zur Spaltung von Parteien eher noch intensiviert haben und ihren Preis nach oben trieben. Groteske Beispiele sind der erfolgreiche Versuch der BJP (in Uttar Pradesh) unter ihrem Führer Kalyan Singh im Jahre 1997, eine ausreichende Zahl von Abtrünnigen der gegnerischen Parteien BSP und SP auf ihre Seite zu ziehen, was die Vergrößerung der nachfolgenden Regierung auf 93 Minister verlangte, oder das etwa gleichzeitige Zusammenhalten der Koalition unter Chefminister Laloo Prasad in Bihar durch Freiheitsberaubung spaltungswilliger Abgeordneter der von ihm angeführten Koalition. Nicht selten kehren die Abtrünnigen bei Änderung der politischen Großwetterlage wieder in den Schoß der Mutterpartei oder der Allianz zurück, so etwa der Rivale Sonia Gandhis, Sharad Pawar, der sich mit seiner Nationalist Congress Party nach

den Wahlen 1999 wieder mit dem Kongress verbündete. Theoretisch ist der Faktionalismus in vergleichsweise straff organisierten Parteien des linken und rechten Spektrums in Indien geringer, da Abweichungen dort früher sanktioniert werden und die Parteiideologie als Kitt dient. Beobachter der kommunistischen Parteien berichten aber auch hier von zunehmendem Faktionalismus unter einem vergleichsweise dünnen ideologischen Schleier (Mallick 1994), auch auf Parteitag wird der um sich greifende Faktionalismus beklagt. Jaffrelot zeigt am Beispiel von Madhya Pradesh, wie auch in der BJP der Wettbewerb zwischen rivalisierenden Parteiführern auf die Gesamtorganisation übergreift, wie Anhänger unterlegener Faktionsführer sich kaum am Wahlkampf beteiligen, wie nicht unterstützte Kandidaten als Unabhängige kandidieren und die Partei nötigen, auf lokale Notabeln zurückzugreifen. Hier zeigten zumindest die Altgedienten noch eine gewisse Disziplin, während neu Rekrutierte die Partei gleich wieder verließen, wenn sie kein Amt bekamen (Jaffrelot 1998a). Diese Entwicklung und die wachsende Zahl der Gegenkandidaturen gegen die von der Führung geförderten Kandidaten hat bei der BJP natürlich damit zu tun, dass sie an die Macht gekommen ist und sich die zu verteilenden Pfründe vervielfacht haben.

Auch bei der Beurteilung des Faktionalismus in indischen Parteien fällt der Befund zwiespältig aus: Negativ schlägt zu Buche, dass er Politik nur noch wenig berechenbar macht, desintegrierend im Sinne der Entwicklung moderner Parteien wirkt und ihre Formierung entlang ideologischer und gesellschaftlicher Konfliktlinien hindert. Überdies führt er auch dazu, dass institutionelle Regeln und Normen ausgeschaltet werden (die den Entscheidungsspielraum der Faktionsführer einschränken würden) und subalterne Gefolgschaftstreue an die Stelle von politisch erarbeitetem und exekutierten Konsens traten. Im Übrigen erschwerte ein eingespielter Faktionalismus auch die politische Generationenfolge.

Positiv könnte man werten, dass durch Faktionalismus neue soziale Gruppen in Parteien eingebunden und Konflikte von der Zentrale ferngehalten werden, dass Faktionen kommunalen Konfliktlinien die Schärfe nehmen, die sonst möglicherweise aufbrächen. Möglicherweise trug der Faktionalismus auch dazu bei, allzu weitgehenden Forderungen nach sozialer Reform das Wasser abzugraben, weil Gruppen, die dieses Programm vertraten, in Faktionen gespalten wurden und ihre Forderungen damit kanalisiert werden konnten (Brass 1995).

## 7 Patronage und Klientelismus

Nach den bisherigen Ausführungen dürfte deutlich geworden sein, dass die Bindung von Wählern an die Partei in Indien nicht in erster Linie über Programme, auch nicht ausschließlich über existierende soziale Konfliktlinien verläuft (die vielmehr politisch erst geschaffen oder zugespitzt werden). Hauptinstrument der Bindung sind Patronage und Klientelismus, die über weite Strecken natürlich auch Ratio der Mobilisierung auf Kasten-, sprachlicher oder ethnischer Basis darstellen. Es wurde schon erwähnt, dass der indische Staat mit seinem lange Zeit massiven Einfluss auf die Wirtschaft und als Agent der Entwicklung ein zweifellos attraktives Beuteobjekt auf allen Ebenen darstellte. Auf der Ebene der politischen Ämter ist dies an ihrer Proliferation, dem Zuschnitt nach koalitionspolitischer Opportunität oder zur Gewinnung von Überläufern zu beobachten, wobei alle diese Ämter mit den typischen Privilegien und Bereicherungsmöglichkeiten verbunden sind. Auf der Ebene der Verwaltungsapparate konstatieren wir eine massive, partei- und kastenbezogene Privilegierung der Anhänger der siegreichen Gruppierung, bei der Rekrutierung neuer Staatsbediensteter bis in die untersten Ränge. Kollektive, wahlentscheidende Gruppen werden mit zusätzlichen Reservierungsquoten, der Streichung von Schulden, der Fortsetzung üppiger Subventionierung etc. belohnt und für die Minderprivilegierten fallen Speisungs- und Beschäftigungsprogramme sowie (noch billiger) symbolische Gratifikationen an wie die Umbenennung von öffentlichen Einrichtungen nach lokalen Helden etc. (Subramanian 1999). Auch linke Parteien erweisen sich nicht gefeit gegen die Versuchungen des Klientelismus, wie v.a. die Regierungspraxis in Westbengalen zeigt (Mallick 1994).

Es könnte vermutet werden, dass die klientelistischen Kanäle bei weiter betriebener Deregulierung und Entstaatlichung der indischen Wirtschaft langsam austrocknen, weil etwa diskretionäre Kapazitäts- und Importlizenzen abgeschafft wurden. Freilich müssen immer noch viele Verwaltungsakte (Projektbewilligungen, Ausschreibung öffentlicher Aufträge, Bewilligung von Wasser- und Stromanschlüssen etc.) beschleunigt werden, die Kontrolle über Arbeitsplätze, Transfers und Beförderungen im öffentlichen Dienst bleibt als beachtliche Patronagequelle usw. Dazu kommen liberalisierungsbedingt neue Quellen (Privatisierungen, v.a. auch Privatisierung der Dienstleistungen und (teilweise) des Gesundheits- und Bildungswesens, sowie v.a. Verkauf öffentlichen Baulandes) und Entwicklungsprogramme, die schon vom Zuschnitt ein Einfallstor für Vergünstigung darstellen, wie das Local Area Development Scheme (Jenkins 1999).

Über die mit der Klientelpolitik zwangsläufige Gefahr der Korrumpierung müssen in Bezug auf Indien nicht viele Worte verloren werden. Spannender wäre die Frage, ob sich überhaupt noch ein Politiker finden lässt, dessen Amtsführung nicht in der Anhäufung von im Verhältnis zum mageren Salär übermäßigem Wohlstand geführt hat. Spektakuläre Korruptionsfälle, die in der letzten Zeit häufiger zur Inhaftierung der Gesetzesbrecher führten, braucht man jedenfalls nicht lange suchen. Um gewählt zu werden, benötigt man in Indien viel Geld und die Unterstützung von Kastenführern, muss gegnerische Versammlungen einschüchtern können etc. Die zur Verhinderung unangemessenen Wahlaufwandes festgesetzten Ausgabengrenzen werden von kaum einem Kandidaten eingehalten, entsprechend drängend ist der Zwang, auch weniger orthodoxe Finanzquellen aufzutun. Dies alles ist das Einfallstor für eine mittlerweile ausgeprägte Kriminalisierung der indischen Politik, also das Eindringen zahlreicher Kräfte mit notorisch krimineller Karriere in Abgeordneten- und Ministerämter. So waren oder sind gegen ein Viertel der Abgeordneten des Landtags von Uttar Pradesh Strafverfahren anhängig (nicht selten auch wegen Mordes) und selbst organisatorisch starke Parteien wie die BJP oder die CPI-M sind nicht frei von kriminellen Elementen.

## **8     Fazit**

Zieht man die Summe aus den bisherigen Erkenntnissen, kann man sagen, dass informelle Praktiken in den indischen Parteien zweifelsohne die Fähigkeit des Systems zur Artikulation neuer, gesellschaftlich breiterer Interessen gefördert, neue Schichten für politische Führungsämter rekrutiert und diese Schichten insgesamt ermächtigt haben. Es ist gar keine Frage, dass dies einesteils als vertiefte Demokratisierung bezeichnet werden muss, auch wenn dem Beobachter die Begleiterscheinungen (Proletarisierung der Politik, Populismus, Beutejägerei) nicht behagen mögen. Es sollte auch deutlich geworden sein, dass informelle Verfahren in Parteien keineswegs nur Relikte der Vormoderne sind, oftmals gerade das Gegenteil, also der Ausfluss sozialer und politischer Mobilisierung von einst traditionellen, sich in die überkommene Hierarchie einfügenden Gruppierungen. Diesen Gruppen haben informelle Praktiken, neue Parteien oder Faktionen zu politischem Einfluss und Ausdruck verholfen. Dabei wurden die traditionellen Konfliktlinien politisch überformt, neu strukturiert und zum Vehikel für die Durchsetzung aktueller materieller Anliegen instrumentalisiert. Diese informellen Modi machen auch für die Klienten mit ihrer Präferenz für Gegenwartskonsum eher Sinn, als die Hoffnung auf die künftige Umsetzung einer sozialreformerischen Agenda.

Andererseits bleibt, wenn informelle Praktiken flächendeckende Verbreitung finden, das Gemeinwohl – im alteuropäischen Sinne – in Indien (und anderswo) auf der Strecke. Hinweise darauf geben die völlige Überschuldung jener indischen Bundesstaaten, in denen Klientelismus und Kastenpolitik am meisten grassieren, eine Überschuldung, die auf das Konto stetig anschwellender Konsumenten- und Produzentensubventionen, die Nichteintreibung staatlicher Gebühren, Kreditamnestien, Programme für die eigene Klientelgruppe mit zweifelhaftem gesamtgesellschaftlichen Nutzen oder schlichten Diebstahl geht.

Hinsichtlich ihrer Kompatibilität mit demokratischer Konsolidierung im allgemein verstandenen Sinne kann festgestellt werden, dass die weite Verbreitung informeller Mechanismen den Aufbau klassischer, intern demokratisch verfasster Parteiorganisationen behindert und diese durch Seilschaften, Populismus und Patron-Klient-Beziehungen mit der Folge institutioneller Erosion ersetzt hat. Natürlich hat diese auch in der breiten Masse zynische politische Einstellungen gefördert. Der springende Punkt ist allerdings, dass sich die Masse – wenn sie denn so einfach auf den Begriff gebracht werden kann – in dieser Politik auch wiederfindet, informelle Verfahren ganz offenkundig billigt (wenn man Wahlergebnisse als Indikatoren akzeptiert) und vermutlich auch materiell daraus stärkeren oder schneller wirksamen Nutzen zieht als aus der Abarbeitung von Programmen durch Parteien, deren Führungspositionen und Einflusskanäle von Höherkastigen monopolisiert werden. Es fällt insgesamt schwer, demokratietheoretisch einseitig Frontstellung zu beziehen gegenüber Verfahren, die stillschweigend gebilligt, seit Dekaden angewandt und immerhin unterprivilegierte Schichten erstmals politisch eingebunden haben, auch wenn das resultierende Erscheinungsbild der indischen Politik nicht gefallen kann.

## 9 Literatur

*All Indian Congress Committee; 1999*

*Basu, Amrita; 1996: Mass Movement or Elite Conspiracy? The Puzzle of Hindu Nationalism, in: David Ludden (Hrsg.), Contesting the Nation. Religion, Community, and the politics of Democracy in India, Philadelphia; 55-80*

*Bharatiya Janata Party (BJP); 1999: BJP Constitution and Rules, New Delhi*

*Brass, Paul R.; 1965: Factional Politics in an Indian State. The Congress Party in Uttar Pradesh, Berkeley and Los Angeles*

*Brass, Paul R.; 1994: The politics of India since Independence, Cambridge*

*Carras, Mary C.; 1972: The Dynamics of Indian Political Factions. A Study of District Councils in the State of Maharashtra, Cambridge*

*Chandra, Kanchan; 2000: The Transformation of Ethnic Politics in India: The Decline of Congress and the Rise of the Bahujan Samaj Party in Hoshiarpur, in: The Journal of Asian Studies, 59,1; 26-61*

*Chattopadhyay, Panchanan; 1998: Casteism in contemporary Indian Politics and the Gandhian Paradigm, in: Sobhanlal Datta Gupta (Hrsg.), India: Politics and Society. Today and Tomorrow, Calcutta; 178-197*

*Communist Party of India (Marxist); 1999: Election Manifesto. 13<sup>th</sup> Lok Sabha, New Delhi*

*Communist Party of India (Marxist); 2000: Programme, [www.cpiml.org](http://www.cpiml.org)*

*Drèze, Jean/Amartya Sen; 1995: India: Economic Development and Social Opportunity, New Delhi*

*Hasan, Zoya; 1998: Quest for Power. Oppositional Movements and Post-Congress Politics in Uttar Pradesh, New Delhi*

*Hansen, Thomas Blom/Christophe Jaffrelot (Hrsg.); 1998: The BJP and the Compulsion of Politics in India, Delhi usw.*

*Jaffrelot, Christophe; 1998a: BJP and the Challenge of Factionalism in Madhya Pradesh, in: Thomas Blom Hansen/Christophe Jaffrelot, aaO.; 267-290*

*Jaffrelot, Christophe; 1998b: The Sangh Parivar Between Sanskritization and Social engineering, in: Thomas Blom Hansen/Christophe Jaffrelot, aaO.; 22-71*

*Jaffrelot, Christophe; 2000: The Rise of the Other Backward Classes in the Hindi Belt, in: The Journal of Asian Studies, 59,1; 86-108*

*Jenkins, Rob; 1999: Democratic Politics and Economic Reform in India, Cambridge*

*Kaviraj, Sudipta (Hrsg.); 1999: Politics in India, Calcutta usw.*



- Kohli, Atul*; 1990: Democracy and Discontent. India's Growing Crisis of Governability, Cambridge usw.
- Kothari, Rajni*; 1967: The Congress „System“, in: India. Party System and Election Studies, Centre for the Study of Developing Societies, Occasional Papers Nr. 1, Bombay usw.; 1-18
- Kothari, Rajni*; 1999: Caste and Modern Politics, in: Sudipta Kaviraj, aaO.; 57-70
- Kothari, Rajni/Ghanshyam Shah*; 1967: Caste Orientation of Political Factions: Modasa Constituency – A Case Study, in: India. Party System and Election Studies, Centre for the Study of Developing Societies, Occasional Papers Nr. 1, Bombay usw.; 137-158
- Krishn., Gopal*; 1967: One Party Dominance – Development and Trends, in: India. Party System and Election Studies, Centre for the Study of Developing Societies, Occasional Papers Nr. 1, Bombay usw.; 1-19
- Kumar, K.N.*; 1990: Political Parties in India, New Delhi
- Malhotra, Joginder*; 1990: Indien. Wirtschaft, Verfassung, Politik, Wiesbaden
- Malik, Yogendra K./V.B. Singh*; 1994: Hindu Nationalist in India. The Rise of the Bharatiya Janata Party, Boulder usw.
- Mallick, Ross*; 1994: Indian Communism. Opposition, Collaboration and Institutionalization, Delhi usw.
- Manor, James*; 1999: Karnataka: Caste, Class, Dominance and Politics in a Cohesive Society, in: Sudipta Kaviraj (Hrsg.), Politics in India, aaO.; 262-273
- Rösel, Jakob/Clemens Jürgenmeyer*; 2001: Die Entstehung eines Parteiensystems in der Indischen Union, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Opaten; 295-321
- Roy, Ramashray*; 1967: Congress Defeat in Farukkabad – A Failure of Party Organization; in: India. Party System and Election Studies, Centre for the Study of Developing Societies, Occasional Papers Nr. 1, Bombay usw.; 190-216
- Sanghavi, Nagindas/Usha Thakkar*; 2000: Regionalisation of Indian politics, in: Economic and Political Weekly, Febr. 12; 514-518
- Subramanian, Narendra*; 1999: Ethnicity and Populist Mobilization. Political Parties, Citizens and Democracy in South India, New Delhi
- Thakur, Ramesh*; 1995: The Government and Politics of India, Basingstoke and London
- Varshney, Ashutosh*; 2000: Is India Becoming More Democratic? In: The Journal of Asian Studies, 59,1; 3-25
- Yadav, Yogendra*; 1996: Reconfiguration in Indian Politics. State assembly Elections 1993-95, in: Economic and Political Weekly, Jan. 13

**AP (Februar 2003)**  
**Die gesellschaftliche Anbindung der indischen Parteien**  
**Joachim Betz**

ISSN 1619-1161 (Online-Version: ISSN 1619-1188)

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Joachim Betz

Die Arbeitspapiere informieren über die Fortschritte in den einzelnen Forschungsgruppen des Deutschen Übersee-Instituts. Sie stellen also Werkstattberichte dar, die zur Diskussion und Kritik anregen wollen.

**Jüngst erschienen:**

- AP( 1/2003) Die gesellschaftliche Anbindung der marokkanischen Parteien  
Dirk Axtmann
- AP (12/2002) Die Gemeinschaftsverbundenheit formaler und informeller Politik – Über die Implikationen von Rechtsgemeinschaft und politischer Vergemeinschaftung für die Entstehung von Parteienpluralismus in der außereuropäischen Welt  
Paul Georg Geiss
- AP (7/2002) Tansania: Informelle und formelle gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien in Afrika  
Gero Erdmann
- AP (4/2002) Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien in Südkorea  
Patrick Köllner
- AP (11/2001) Die Sahel- und Sahara-Staatengemeinschaft (SinSad): Instrument der wirtschaftlichen Entwicklung, Konfliktvermittlung und regionalen Interessensicherung  
Hanspeter Mattes
- AP (3/2001) Gewaltsame Konflikte in Nordafrika / Nahost: analytische Defizite, schwierige Früherkennung und limitierte Interventionsmöglichkeiten  
Sigrid Faath / Hanspeter Mattes

Generell wird die Forschungsarbeit des Deutschen Übersee-Instituts, soweit sinnvoll und möglich, zu Forschungsschwerpunkten verdichtet. Dabei stehen Aktualität, regionale und überregionale Relevanz und Forschungsbreite grundsätzlich vor langfristigen und theoretisch abstrahierenden Spezial- und Generalanalysen.

Aktuell existieren folgende Forschungsgruppen:

1. Globalisierung, soziale Entwicklung und der Gesundheitssektor: nationale Politiken und „Global Governance“
2. Parteien im Spannungsfeld informaler und informeller Politik
3. Krisenprävention und peace-building
4. Neuer Regionalismus



Nähere Informationen über die Forschungsarbeit des Deutschen Übersee-Instituts erhalten Sie in unserem Online-Angebot.

Dort sind die Arbeitspapiere vollständig online gestellt und können kostenfrei als Printausgabe ebenso bestellt werden wie alle anderen entgeltlichen Publikationen des Forschungsverbundes.

Der Verbund Deutsches Übersee-Institut betreibt anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Dokumentation auf dem Gebiet der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Nord-Süd- und Süd-Süd-Beziehungen.

Das DÜI umfasst das Institut für Afrika-Kunde, Institut für Asienkunde, Institut für Iberoamerika-Kunde, Deutsches Orient-Institut, Institut für Allgemeine Überseeforschung sowie die Übersee-Dokumentation.

**DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT**  
**Neuer Jungfernstieg 21 · 20354 Hamburg**  
**Telefon +49 (0)40 42825-593 · Fax +49 (0)40 42825-547 · Email: duei@duei.de**